



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/42 - 19. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 31631-35  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Das Märchen von der "gradlinigen CDU-Politik"	S. 1
Arno Scholz: Mit Ollenhauer in Washington	S. 2
Wahlrecht - letzter Akt	S. 4
Ein Vorenthaltener Brief Adenauers	S. 5
Anhang: Die Politik der deutschen Sozialdemokratie, Auszüge aus einem Vortrag Erich Ollenhauers in den USA	

## Schaukler und Gaukler

sp- "Humor ist, wenn man trotzdem lacht" - so ähnlich hat Kläre Waldorff einmal den Zustand charakterisiert, der bei vielen Menschen eintritt, wenn sie eigentlich heulen möchten aber - trotzdem lachen. Genau so ist das mit der "gradlinigen CDU-Politik". Eigentlich zum Heulen, und trotzdem lacht man!

Da kämpft nun der ganze Verein seit Jahren erbittert für die Erhaltung der Illusion, Adenauers Militärblock-Politik sei "der einzige mögliche Weg", und dann kommt ein in Sturzflug erprobter Verteidigungsminister und schneidet alles um. Das sieht so aus:

"Wenn die Bundesregierung und die Mehrheit des Parlaments aus den dargelegten Gründen die sozialdemokratischen Sicherheitsvorstellungen ablehnen, so bedeutet das keineswegs, dass die Majorität - und insbesondere die CDU/CSU - nicht bereit wäre, für die Wiedervereinigung ein Risiko einzugehen. Niemand in der Koalition vertritt die Meinung, dass ein in Frieden und Freiheit wiedervereinigtes Deutschland automatisch Mitglied des Nordatlantischen Bündnissystems sein müsste. Gesamtdeutschland wird sich im Rahmen seiner politischen Möglichkeiten frei entscheiden können. Die vertragliche Zusicherung dieser Möglichkeit steht nicht nur auf dem Papier und besteht nicht nur in der Theorie. Es kann daher durchaus sein, dass zwar die Neigung und auch der Sicherheitswunsch Gesamtdeutschlands darauf hinauflaufen würde, einen militärischen Allianz-System das

Western anzugehören, dass aber harte politische Erfordernisse das deutsche Volk zu einer Entscheidung nach österreichischem Muster veranlassen. An einem solchen Beschlusse würde der Westen Deutschland nicht hindern wollen oder können." (Unterstreichungen im Zitat von der Redaktion vorgenommen.)

So zu lesen in einem Artikel unter der Überschrift "Einheit und Freiheit" von Franz Joseph Strauß in Nr. 4 (15. Februar) der von der "Gemeinschaft für christlich soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung e.V." herausgegebenen "Politisch-Sozialen-Korrespondenz".

Nach dieser allen bisherigen Regierungs- und CDU-Aussagen widersprechenden Erklärung des Verteidigungsministers muss man doch fragen, warum sich die Kiesinger, Lenz' und viele andere CDU-Politiker so furchtbar anstrengen, um den Bundesrepublikanern begreiflich zu machen, dass die SPD mit ihren politischen Vorstellungen Unrecht hat. Vielleicht ist die Frage gar nicht so schwierig zu beantworten. Vielleicht wissen die Schaukler und Gaukler in der CDU nicht, dass die Welt sich dreht und reden in den Bundestagsdebatten nur so daher, weil sie nicht zuhören können, wenn ein anderer spricht...

Doch im Ernst: So komisch dieses als eigene Meinung hinausposaunte Eingeständnis einer schönen Verteidigungsministerseele klingen mag, so bitter ist es, im Interesse unseres Volkes feststellen zu müssen, dass die Propagandisten der Kanzlerpartei mit doppelten Zungen reden. In der Praxis verhalten sie sich ganz anders, als sie sich nach solchen Erklärungen à la Strauß verhalten müssten.

Deshalb geht dieser Vorgang an der Werv der Demokratie. Gewiss, man kann seine Meinung ändern; man kann sich unter Umständen sogar durch eine andere Meinung zum Besseren überzeugen lassen. Aber nur dann hat man Anspruch darauf, als seriös zu gelten, wenn man offen zugibt, dass man sich bisher geirrt hat. Dann wüsste der Bürger, der den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition folgt, woran er ist. Er brauchte nicht die Befürchtung zu haben, von den Regierenden getäuscht zu werden, die anders handeln als sie reden.

Unter der Kuppel des Kapitols

A. Sch. Washington

Vier Tage hindurch hat Erich Ollenhauer in Washington prominenten Parlamentariern, massgebenden Persönlichkeiten des State Departments - am Montag auch dem Aussenminister - und den Gewerkschaftsführern unermüdlich und unvoreingenommen selbst die schwierigsten Fragen beantwortet. Der Oppositionsführer wird - wie schon gemeldet - von Kanada noch einmal nach Washington fliegen, um den amerikanischen Präsidenten Eisenhower zu treffen.

Das Gespräch mit Aussenminister Dulles zeigte eine erfreulich weitgehende Übereinstimmung in der Analyse der internationalen Lage. Auch Fragen wie EURATOM und Gemeinsamer Markt wurden hierbei eingehend erörtert. An dem Gespräch nahmen der deutsche Botschafter in Washington, Krekeler, der Pressechef der SPD, Fritz Heine, und der stellvertretende Staatssekretär Jones teil. Die amerikanische Öffentlichkeit, vertreten durch eine grosse Anzahl von Journalisten, nahm an der Zusammenkunft Dulles-Ollenhauer stärksten Anteil.

Der Gesamteindruck aller dieser Gespräche war eindeutig positiv. Erich Ollenhauer wollte die offizielle und die öffentliche Meinung der USA davon unterrichten, dass die deutsche Sozialdemokratie ein zuverlässiger Partner der freien Welt ist und keine "volksdemokratische" oder auch nur ähnliche Lösung akzeptiert.

Bedauern über früheren Mangel an Kontakten

Von vieler Politikern in Washington war nach den Gesprächen mit Ollenhauer ein Bedauern darüber zu hören, dass es nicht schon früher zu solchen Kontakten kam und sicher werden jetzt diese nicht mehr abreißen. Der Oppositionsführer hat viel Aufmerksamkeit und Beachtung ausgelöst. Bisher war er nur einmal - vor mehr als fünf Jahren - in Washington. Damals reiste er in einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten, Praktisch ist seit dieser Zeit kein offizieller Vertreter der Opposition in Washington mehr gehört worden. Erich Ollenhauer sprach zwar inzwischen zweimal, während der Berliner Konferenz 1953 und der Genfer Aussenministerkonferenz 1955 - mit dem amerikanischen Aussenminister; beide Begegnungen waren aber nicht mehr als Höflichkeitssuche. Die amerikanische Politik unterstützte die des Bundeskanzlers und war nicht bereit, irgendwie Zweifel darüber aufkommen zu lassen. Eher liess sie sich den Vorwurf gefallen, der Opposition gegenüber zu frohig zu sein.

Erich Ollenhauer hätte vielleicht trotzdem längst einmal den Weg nach Washington nehmen sollen. Der englische Oppositionsführer hat diesen Kontakt immer gesucht. Er hatte es allerdings auch leichter. Nur in der Suezkanalkrise waren Regierung und Opposition aussenpolitisch auf verschiedenen Seiten. Vor allem regierte - das darf nicht vergessen werden - die Labour-Party in den letzten Jahrzehnten

in England, und hat in dieser Zeit mit den Amerikanern gut zusammengearbeitet.

#### Der neue Partner

Wie schon betont, war die amerikanische Politik seit 1949 auf die des Bundeskanzlers eingeschwenkt - man kann den Satz auch in der umgekehrten Reihenfolge formulieren, Erst nach den verschiedenen Wahlen in den vergangenen Jahren, die der SPD einen grossen Gewinn und andererseits einen starken Einbruch bei der führenden Regierungspartei brachten, wurden andere politische Schlussfolgerungen in USA erkennbar. Es meldeten sich immer mehr Stimmen, die meinten, dass es besser sei, mit den Politikern zu sprechen, die nach der Bundestagswahlen 1957 zum Partner für internationale Beziehungen werden könnten. Diese Kreise wurden noch aufmerksamere, als sie feststellten, dass Erich Ollenhauer auf seiner Asienreise wie ein Staatsmann und nicht wie ein Parteiführer empfangen wurde. Jedenfalls reagierte - als Ollenhauer die Einladung annahm, vor einigen der grössten politischen Vereinigungen zu sprechen - sofort auch Washington!

Der Oppositionsführer kam am vergangenen Freitag von New York nach Washington. Schon auf dem Flugplatz musste er sich wiederum den Journalisten stellen, und eine Stunde später sass er bereits mit wichtigen Repräsentanten zusammen, die ebenso wachsam wie er dem Kommunismus begegnen. Am Freitag begannen lange Unterhaltungen mit Persönlichkeiten im State Department, über die deutschen und europäischen Probleme. - Mittags sass Erich Ollenhauer im Kreise der "overseas writers association", in der die prominentesten Vertreter der Presse, des Funk- und Fernsehens zusammengefasst sind. Sie dehnten ihre gussergewöhnlich gut besuchte Zusammenkunft weit über die bei ihnen sonst übliche Zeit aus, um von Erich Ollenhauer ausführliche Antworten auf ihre Fragen zu hören. Abends waren wir bei dem deutschen Botschafter Krekeler mit den Senatoren Green (Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses), Mansfield, einem der demokratischen Fraktionsführer, und Knowland, dem Fraktionsführer der Republikaner zusammen. Auch der Leiter der Deutschlandabteilung im State Department, Reinsvein, beteiligte sich an dieser Aussprache.

#### Laufgang wie für einen Staatschef

Besondere Aufmerksamkeit fand eine Begegnung des Oppositionsführers am Sonntabend Vormittag unter der Kuppel des Kapitols im Repräsentantenhaus. Schon deswegen, weil dieser Tag der Woche sitzungsfrei ist und trotzdem viele Abgeordnete beider Häuser zur Diskussion erschienen. Und auch abschliessend zum Essen, das ein führender Abgeordneter der Demokraten im Repräsentantenhaus, Frank Boykin, gab, und an dem auch Sam Rayburn, der Präsident des Hauses, teilnahm. Boykin hob in seinen Begrüssungsworten deutlich hervor, dass Ollenhauer im gleichen Kreise empfangen würde, wie auch Adenauer. Auch in den weiteren Begrüssungsansprachen, besonders in denen der Senatoren Sparkman, Talmadge und Martin war deutlich erkennbar, wie wichtig auch diesen führenden Demokraten und Republikanern die Probleme der Wiedervereinigung sind. Auch sie waren aufmerksame Zuhörer, als Erich Ollenhauer die deutschen Auffassungen und damit auch die der Opposition entwickelte.

Die CDU und die kleinen Parteien

F.B. Am 21. Februar 1957 dürfte im Bundestag vermutlich der Schlussakt zum Thema Wahlrechtsänderungen über die Bühne gehen. Man kann kaum noch daran zweifeln, dass die Mehrheit der CDU/CSU ausreichen wird, um den sozialdemokratischen Gesetzentwurf zur Änderung der Sperrklausel in der zweiten Lesung abzulehnen und die Bestimmungen über die direkte Wahl in Berlin in die Ausschüsse zu überweisen.

Es werden dann sicherlich wieder beflissene Kommentatoren zu vernehmen sein, die der CDU bescheinigen, dass sie die "Staatspolitik" über das Parteistreben gesetzt und mit Erfolg allen Verführungskünsten widerstanden hat. Der Tenor aller dieser zu erwartenden Berichte dürfte darauf abgestellt sein, dass durch diese Ablehnung der SPD-Vorlage eine Partei-Zersplitterung vermieden und die Stabilität gesichert worden sei.

Nichts ist falscher als das. Der CDU geht es nicht darum, die kleinen Parteien auszuschalten, sie hat vielmehr darauf abgestellt, nur die kleinen Parteien in den Bundestag kommen zu lassen, die von vornherein ihr die Sicherheit geben, dass bei einer künftigen Regierungsbildung diese Stimmen für die Adenauer-Partei abgegeben werden.

Wiederholt wurde der CDU in diesen Tagen die schon vor Jahren im Wahlrechtsausschuss vorgelegte klare Frage erneut gestellt:

Ist die CDU bereit, beim Wahlrecht wirklich saubere Verhältnisse zu schaffen und auch auf Wahlkreisabsprachen zu verzichten?

Die Antwort war immer ein Nein. Schon im ersten Bundestag hat die CDU mittels dieser Absprachen 13 Koalitions-Mandata auf ihre Seite gebracht; die Kanzlerpartei, die in diesen Tagen ihre angebliche staatspolitische Haltung feiert, hat 1953 immerhin zuwege gebracht, dass eine Partei, die im Bundesgebiet nur 0,8 % der Wählerstimmen erzielte, mit zwei Vertretern in den Bundestag einzog.

Diesem ungesunden Verhältnis wollte die SPD mit ihrem Gesetzentwurf ein Ende bereiten und dafür sorgen, dass keine kleine Partei gezwungen wird, sich von vornherein an eine der großen zu binden und

damit die Wählerentscheidung zu manipulieren.

Schon heute kann man sagen, dass dieser Versuch offensichtlich zum Scheitern verurteilt ist. Die CDU wird dafür die Verantwortung zu tragen haben, denn wir werden es in den nächsten Monaten verstärkt erleben, dass die Existenzangst der Kleinen zu den gratesksten Verbindungen und sogar zur Käuflichkeit führen kann. Der Demokratie ist damit beileibe nicht genützt und der "Staatspolitik" noch viel weniger.

Was sich am 21. Februar im Bundestag abspielen wird, dass ist der nackte Egoismus einer Partei - der CDU/CSU - die alle Mittel und alle Griffe anwendet, um an Ruder zu bleiben. Der einzige Trost dabei ist, dass die Wähler schon oft den Rechenkünstlern dieser Art ein Schnippchen geschlagen und sich meist als klüger erwiesen haben als die, die von vornherein auf die Komastelle genau wissen wollen, wie das Bundestagswahlergebnis ausfallen wird.

\* \* \*

Dulles sollte sich entschuldigen...

sp- Nichts hat den Bundeskanzler in seiner zweiten Amtsperiode so schwer getroffen wie die beidseitige Ablehnung der FVC durch die französische Nationalversammlung und der ihm während seines vorjährigen Aufenthalts in den USA verschwiegene Radford-Plan. Von seiner Existenz erfuhr er erst aus den Zeitungen. Eisenhower und Dulles hatten es nicht für notwendig gehalten, ihren getriebenen Vasallen auf europäischem Boden von diesem Plan zu unterrichten, dessen indirekte Auswirkungen u.a. auch in der bevorstehenden britischen Truppen-Verminderung bestehen. Seit jener Zeit hat der Bundeskanzler der CIA-Pfänger "böse", fühlt er sich doch in seinem Holz und Lärche schwer angeschlagen.

Diese grenzenlose Enttäuschung des Dupliert-Verdensseins hatte ein für den Kanzler bezeichnendes Nachspiel. Er so rief einen Brief an Dulles, in dem er ihn aufforderte, Dulles solle sich bei ihm, dem Kanzler, entschuldigen, da er sich durch die Bekanntmachung des Radford-Planes übergangen fühle. So zu lesen in einem Bericht vom 15.2. des Schwab Korrespondenten der New York Times NS Handler. Dieser Brief wurde der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten. NS ist nicht bekannt, ob Dulles angesichts des drohenden Zeigefingers des alten Mannes von Rhöndorf in die Knie gegangen ist und den verlangten Entschuldigungsbrief geschrieben hat. Die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen; es ist auch nicht anzunehmen, dass Dulles dies beim kommenden Adenauer-Besuch in den Vereinigten Staaten nachholen wird...

Diese Episode scheint vieles von der Korrosivität der offiziellen Bonn-Washington-Beziehungen zu erklären. Wo die Kanzler im Prezidentenladen auftreten, gibt es bekanntlich nur Scherben.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Martischeffel

19. 2. 1957

Vor dem Council of Foreign Relations und vor der Foreign Policy Association, Vereinigungen, die die politische Elite der USA umfassen, hat Erich Ollenhauer die Politik seiner Partei und ihre Vorstellungen über die Weltlage erläutert. Im Nachfolgenden die wesentlichsten Gesichtspunkte.

### Das europäische Problem par excellence

Nach unserer Auffassung ist das deutsche Problem in einem gewissen Sinne das europäische Problem par excellence. Wenn die Analyse der Weltlage, die ich Ihnen unterbreiten möchte, sich vor anderen Ansichten, die in den Vereinigten Staaten geäußert wurden, unterscheidet, so liegt das daran, dass wir nicht in deutschen Vorstellungen denken, sondern Europa als ein Ganzes sehen. Die besondere Stellung Deutschlands als einer geteilten Nation zwingt uns, diese Frage in einem grösseren Rahmen zu sehen. Unsere Sicht der Dinge hat nichts mit Marxismus oder einer anderen Doktrin zu tun. Wir glauben vielmehr, dass es zu nichts führt, die gegenwärtige Lage nach irgendwelchen theoretischen Vorstellungen bewerten zu wollen und ziehen es daher vor, uns auf das zu beschränken, was wir jetzt als praktisch ansehen.

Für jede deutsche Partei ist es notwendig, die internationalen Faktoren richtig abzuschätzen, da die deutsche und europäische Frage in der heutigen Zeit zu einem höheren Grade als je zuvor von der Art des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abhängen.

### Zerfall der Kriegskoalition und deren Folgen

Innerhalb dieses Bezugsrahmens kann die globale politische Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges folgendermassen charakterisiert werden. Nach Einstellung der Feindseligkeiten im Jahre 1945 zerfiel die gegen Nazi-Deutschland zustandegekommene Allianz und die traditionelle Rolle der Grossmächte wandelte sich. Frankreich und Grossbritannien, die vor Beginn des Zweiten Weltkrieges als Grossmächte sahen, verloren seit 1945 an Machtfülle. Im Gegensatz dazu erfuhr die Sowjetunion einen Machtzuwachs und wird damit zu einer der beiden Weltmächte. Sie hat ihre Stellung durch Annexionen in Osteuropa, durch den Erfolg der chinesischen Revolution und mit Hilfe der Infiltration anderer Staaten gestärkt.

Ein anderes Kennzeichen der Nachkriegs-Geschichte ist die unbestrittene Führungsrolle der Vereinigten Staaten innerhalb der westlichen Welt. Die europäischen Länder verloren - und verlieren noch immer - viel an Bedeutung und Einfluss. Die Gründe hierfür scheinen in erster Linie wirtschaftliche zu sein, wobei aber auch der Niedergang der europäischen Herrschaft über überseeische Völker und Länder zu diesen Gründen zu rechnen ist. Heute ist diese Herrschaft fast eine Angelegenheit der Vergangenheit. Diese Politik der Beherrschung aber Fortsetzen zu wollen, würde zu einer beträchtlichen und bleibenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem westlichen Europa und Japanländern führen. Solch eine Politik würde, zwar unbeabsichtigt, die kommunistische Politik und ihre Propaganda stärken.

Ein drittes charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen internationalen Lage ist das Auftauchen von Nationen, hauptsächlich in Asien,

die ihre Unabhängigkeit als eine Folge des Zweiten Weltkrieges errangen. Trotz ihrer schwachen wirtschaftlichen Grundlagen, von ihrem militärischen Potential ganz zu schweigen, haben sie ihre Forderung nach Vertretung im Forum der Weltmächte erfolgreich durchzusetzen vermocht. Länder wie Indien, um nur eines zu erwähnen, spielen eine bedeutsame Rolle bei der Beilegung von Streitigkeiten und der Bewahrung des Weltfriedens. Niemand von uns wird in der Erkenntnis fehlgehen, dass neben den beiden Machtblöcken hier eine Macht im Entstehen begriffen ist, die nicht übersehen werden kann.

#### Faktoren gleichen militärischer Rangess

Die nordatlantischen Mächte und die Sowjetunion sind heute militärische Faktoren gleichen Rangess. Das Bestehen zweier gewaltiger Machtblöcke aber führte zwangsläufig zu den verstärkten internationalen Spannungen und trug zur erhöhten Gefahr kriegsähnlicher Konflikte bei. Es ist nicht meine Absicht, die Gründe zu erläutern, die zur Bildung militärischer Blöcke führten. Die grossen Mächte auf der Erde waren bestimmt der Ansicht, ihre Sicherheit im europäischen Bereich könne am erfolgreichsten durch die Entstehung der NATO und des Warschauer-Pakt-Systems gewährleistet werden. Die Vorgänge in Ungarn und im Mittel- und Osteuropa waren Testfälle für das augenblickliche Bündnissystem. Ist es nach diesen Erfahrungen nicht gerechtfertigt, zu fragen, ob diese militärischen Bündnisse noch in Wirklichkeit dem beabsichtigten Zweck dienen, die Sicherheit und den Frieden aufrechtzuerhalten?

Wir alle wissen um die grossen Schwierigkeiten, die neue Lage abzuschätzen und neue Folgerungen zu ziehen.

#### Europa - eine Dritte Kraft?

Das amerikanische Interesse an den Vorgängen in Europa wird voll- und gewürdigt. Wir alle erstreben eine engere europäische Zusammenarbeit. Europa jedoch kann weder zu einer "dritten Kraft" aufgebaut werden noch sich mit der Integration der sechs westeuropäischen Länder begnügen. In der Tat reicht Europa weit über diese Länder hinweg, und die Pläne für eine teilweise Integration entbehren eines bleibenden Wertes. Auf jenem Wege weiterzugehen schliesst die Gefahr einer weiteren Zersplitterung Europas in sich, anstatt seiner Vereinigung. Keine langfristige Lösung ist auf einer solch engen Grundlage möglich, da diese sechs Staaten zu schwach sind, um eine wirksame Kraft zu verkörpern. Wir wünschen Europa als eine lebensfähige Gemeinschaft. Um dieses Ziel erreichen zu können, darf die europäische Einheit keinesfalls allein unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die europäische Bande zu stärken ist ein politisches und soziales Problem, und dieser Aufgabe hat die Arbeiterbewegung ihre Unterstützung gegeben. Denn es wäre in jedem Falle eine vergebliche Anstrengung, Europa gegen die Kräfte der Arbeiterschaft zu vereinigen.

Lassen Sie mich hier eine Bemerkung einflechten, die in einer notwendigen Verbindung zur Diskussion über europäische Sicherheitsprobleme zu stehen scheint. Die westeuropäischen Nationen mögen es, als eine Reaktion auf die sowjetische Aggression, für notwendig erachtet haben, sich unlösbar an das militärische Potential der Vereinigten Staaten zu binden. Mehr noch, ihre gesamte Sicherheit beruht auf diesem Bündnis. Die Stellung der Bundesrepublik jedoch unterscheidet sich von der jeder anderen souveränen Nation dadurch, dass Deutschland geteilt ist. Darum kann die Sicherheit bestenfalls den westlichen Teil unseres Lan-

des umfassen. Doch unsere Regierung hat, mit unserer Unterstützung, ausdrücklich die Verantwortung übernommen, auch im Namen der ~~siebzehn~~ Millionen jenseits des Eisernen Vorhanges zu sprechen. Ihre politische und militärische Sicherheit kann jedoch nicht durch das NATO-Bündnis gewährleistet werden. Die Existenz zweier deutscher Armeen, die sich als Partner oder Instrumente grösserer Mächte im Hintergrund gegenüberstehen, gefährdet nicht nur die Sicherheit unseres Landes, sondern, falls dieser Zustand andauert, auch die Sicherheit Europas. So lange wie Deutschland geteilt bleibt, wird dort ein ständiger Anreizherd für Europa und die Welt bestehen. Diesen Tatbestand zu übersehen, bedeutet, zu falschen Schlussfolgerungen zu gelangen.

#### In der schlimmsten Form neutralisiert

Die Sowjetunion weiss genau, dass die Verwirklichung dreier Wahlen in ganz Deutschland ein gesamtdeutsches Parlament hervorbringen würden, in dem die Kommunisten eine unbedeutende Rolle spielen würde. Sie würden in keiner Weise einen Einfluss auf die Regierung ausüben. In einer solchen Lage fürchtet die Sowjetunion den Beitritt des vereinigten Deutschlands zum westlichen Militärblock. Der zweite Eden-Plan sieht die Entscheidungsfreiheit für eine gesamtdeutsche Regierung vor, über ihre Bündnisbeitritte zu befinden. Wegen einer solchen aufkommenden Möglichkeit, nämlich der Einbeziehung des gesamten Deutschlands in das nordatlantische Bündnissystem, haben die Sowjets sich gegen einen Fortgang der Verhandlungen gestellt. Es hiesse, so scheint es uns, in der Tat Unmögliches von der Sowjetunion verlangen, dem Beitritt eines vereinten Deutschlands zur NATO zuzustimmen. Ebenso wenig kann der Westen zustimmen, dass das gesamte Deutschland eine Beute des kommunistischen Systems wird.

So lange die Stellungen unverändert bleiben, wird ein echtes Nachlassen der Spannung verhindert. Wir glauben, dass ein Ausweg nur gefunden werden kann, wenn die vier Grossmächte sich über den internationalen militärischen Status eines vereinten Deutschlands als einer Vorstufe zu weiteren Regelungen einig werden können. Ein solches Übereinkommen muss eine gesamtdeutsche Regierung daran hindern, sich einem der beiden jetzt bestehenden militärischen Lager anzuschliessen. Gegen diese Argumentation führen aus, dass ein derartiges Übereinkommen über den internationalen Status

- a) die Neutralisierung Deutschlands und
- b) eine Beeinträchtigung der souveränen Entscheidung einer freien Regierung.

bedenken würde. Meiner Ansicht nach sind diese Argumente nicht überzeugend. Deutschland ist heute in seiner schlimmsten Form neutralisiert. Beide Teile sind von den zwei feindlichen militärischen Systemen abhängig. Sie können sich nicht bewegen ohne die grossen Mächte hinzuzuziehen und dadurch die Gefahr weltweiter Konflikte heraufzubeschwören. Ein jeder, der deshalb der Neutralisierung Deutschlands entgegentritt, sollte der Beendigung des gegenwärtigen Zustandes zustimmen und bereit sein, andere Mittel zur Aufrechterhaltung der europäischen und Welt-sicherheit zu erörtern.

#### Verantwortung der Siegermächte

Das Problem, West- und Mitteldeutschland wieder zusammenzubringen, kann nur auf demokratische Weise gelöst werden. Vor allem weisen wir

die sowjetische Vorstellung zurück, Deutschlands Wiedervereinigung solle zwischen der Bonner Regierung und der kommunistischen Marionettenregierung in Pankow verhandelt werden. Wir sind gegen solche Verhandlungen, da wir nicht die Illusion hegen, da es ein Problem, zu dessen Lösung sich die beiden Grossen bis jetzt als nicht fähig erwiesen haben, von den Deutschen allein gelöst werden könne. Die vier Grossmächte können nicht aus ihrer Verantwortlichkeit entlassen werden, die sie selbst so oft anerkannt haben. Direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow können darum keine bleibenden Erfolge erbringen, da sie keinen Ersatz für die notwendige internationale Übereinstimmung darstellen.

Es müssen also freie Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament mit eigenen Funktionen stattfinden, das als alleinige Autorität die soziale Struktur eines wiedervereinten Deutschlands bestimmen kann. Unter dem kommunistischen Regime in Mitteldeutschland haben Veränderungen stattgefunden, die nicht mechanisch rückgängig werden können. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jedoch, die vor allem eine demokratische Partei ist, kann sich nur eine zukünftige Ordnung der Gesellschaft, sowohl wirtschaftlich wie politisch, vorstellen, die auf den Mehrheitsentscheidungen eines freien gesamtdeutschen Parlaments, dessen Mitglieder in unbehinderter Wahlern gewählt worden sind, beruht.

#### Der Abgrund zwischen Kommunismus und Sozialismus

Ein ungeheurer Abgrund trennt den Kommunismus vom demokratischen Sozialismus. Wir Sozialdemokraten wünschen nicht die Aufrechterhaltung der alten Vorrechte, noch tolerieren wir einen Staatskapitalismus, dessen grosse industriellen Unternehmungen sich in den Händen kommunistischer Funktionäre befinden wie augenblicklich in Mitteldeutschland.

Natürlich befürworten wir ordentliche und normale Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, aber die Sowjetunion muss sich vollkommen über die unabhängige Stellung der Sozialdemokratischen Partei im klaren sein. Wir wünschen als eine Partei des demokratischen Sozialismus geachtet zu sein, die unveränderlich im Gegensatz zur sogenannten "Volksdemokratie" in der Sowjetzone steht.

Die Sozialdemokratische Partei hegt keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung. Nichtsdestoweniger würden wir unser Volk im Stich lassen, nähmen wir nicht Zeit und Mühen auf, um Lösungen zu finden, die unsere Mitglieder in anderen Teil Deutschlands aus der fortgesetzten Unfreiheit herausführen und dadurch einen Beitrag zur Bewahrung des Friedens und der Sicherheit in Europa leisten sollen.